jektiven Seite des verletzten Tatbestandes erfüllen. Das gilt vor allem dann, wenn es sich um fahrlässiges Verschulden handelt oder wenn es um die Abgrenzung zwischen bedingtem Vorsatz und bewußter Fahrlässigkeit geht. Bei solchen Straftaten genügt auf keinen Fall die nur zusammenfassende Hervorhebung, daß der Angeklagte der vorsätzlichen oder fahrlässigen Verbrechenbegehung schuldig ist. Das Gericht ist vielmehr verpflichtet, sich eingehend mit den tatsächlichen Umständen auseinanderzusetzen, die die Schuld begründen. So muß es z. B. bei fahrlässigem Verschulden die Pflichten feststellen, über die sich der Angeklagte mit seiner Handlung hinweggesetzt hat, es muß darauf eingehen, woraus sich diese Pflichten ergeben, wie und in welchem Grade sie verletzt wurden, warum der Angeklagte sie verletzt hat und welche Folgen aus der Pflichtverletzung entstanden sind.¹³² Die zusammenfassende Hervorhebung der Schuldform genügt nur dann, wenn es sich um direkten Vorsatz handelt, der sich zweifelsfrei bereits aus der Schilderung der konkreten Tatumstände ergibt. Soweit der verletzte Tatbestand eine bestimmte Absicht des Täters verlangt oder das Vorliegen bestimmter Motive erfordert, sind auch diese stets nachzuweisen.

Schließlich ist im Rahmen der Darstellung des Sachverhalts auf die Person des Angeklagten, seine Stellung in und zu der gesellschaftlichen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik, aber auch auf sonstige mit seiner Person in Zusammenhang stehende Umstände einzugehen und darzulegen, inwieweit diese Umstände einen bestimmenden Einfluß auf die Richtung der Tat gegen bestimmte strafrechtlich geschützte gesellschaftliche Verhältnisse, auf das Ausmaß der Gesellschaftsgefährlichkeit und der moralisch-politischen Verwerflichkeit und damit auf das Strafmaß ausgeübt haben.

Eine Beweiswürdigung, d. h. eine Darlegung, auf welchen Beweisen die getroffenen Feststellungen beruhen, auf Grund welcher Schlußfolgerungen das Gericht zu seinen Feststellungen gekommen ist, wird vom Gesetz nicht ausdrücklich gefordert. Dennoch ist in vielen Fällen eine ausführlichere Beweiswürdigung angebracht. Das folgte bereits aus § 200 StPO, nach dem das Gericht verpflichtet ist, alles zu tun, was zur Erforschung der Wahrheit notwendig ist. Rügt ein Rechtsmittelführer später durch seinen Protest oder seine Berufung mangelnde Sachaufklärung, so muß sich das Rechtsmittelgericht, um sich die

132. a. a. O., S. 386 ff.